

BUD / Motion SVP-Fraktion vom 18. September 2023

Kommunale anstatt kantonale Sondernutzungspläne bei Windkraftanlagen

Antrag der Regierung vom 16. Januar 2024

Nichteintreten.

Begründung:

Die Motion bezweckt die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, damit im Zusammenhang mit Windkraftanlagen kommunale Sondernutzungspläne zu erlassen und durch die politischen Gemeinden dem fakultativen Referendum zu unterstellen sind.

Mit dem Planungs- und Baugesetz (sGS 731.1; abgekürzt PBG) hat der Kantonsrat im Jahr 2016 die gesetzliche Grundlage für den Erlass von kantonalen Sondernutzungsplänen geschaffen. Dabei enthält Art. 33 PBG einen abschliessenden Katalog von Vorhaben, die gestützt auf einen kantonalen Sondernutzungsplan erlassen werden können. Unter anderem ist dies für «Anlagen zur Gewinnung von Energie» (Bst. c) vorgesehen. Voraussetzung hierfür ist, dass einerseits das Vorhaben im kantonalen Richtplan enthalten ist und andererseits dies zur Wahrung kantonaler oder wesentlicher regionaler Interessen erforderlich ist. Solche Interessen stehen regelmässig dann zur Debatte, wenn das betreffende Vorhaben infolge seiner grossräumigen Auswirkungen von überkommunalem Interesse ist. Im Bereich der Windkraftanlagen spricht sich die Regierung dafür aus, dass kantonale Sondernutzungspläne für Anlagen erlassen werden sollen, die im Sinn des eidgenössischen Energiegesetzes (SR 730.0) von nationalem Interesse sind. Dies ist der Fall, wenn sie über eine mittlere erwartete Produktion von jährlich wenigstens 20 GWh verfügen (Art. 9 Abs. 2 der eidgenössischen Energieverordnung [SR 730.01]).

Der Kantonsrat hat mit der Schaffung von Art. 33 Bst. c PBG ein deutliches Zeichen für die Nutzung der erneuerbaren Energien gesetzt. Die vorberatende Kommission beantragte nämlich, in der Auflistung von Art. 33 PBG die «Anlagen zur Nutzung des Untergrundes», die «Stand- und Durchgangsplätze für Fahrende» sowie auch die «Anlagen zur Gewinnung von Energie» zu streichen. Der Kantonsrat entschied sich jedoch überaus deutlich mit 107 zu 3 Stimmen gegen den Streichungsantrag und für den Antrag der Regierung, in der Aufzählung «Anlagen zur Gewinnung von Energie» zu belassen.

Die Regierung erachtet den Erlass von kantonalen Sondernutzungsplänen als Grundlage für die Realisierung von Windpärken von nationalem Interesse als sachgerecht. Solche Windpärke sind Teil einer überregionalen Versorgungsinfrastruktur. Auch andere Infrastrukturanlagen mit überkommunaler Bedeutung werden richtigerweise durch den Kanton verwirklicht. Zu denken ist dabei insbesondere an Kantonsstrassen oder auch an kantonale Wasserbauprojekte, die ebenfalls beide auf einem kantonalen Sondernutzungsplan (mit rechtlichen Grundlagen im Strassengesetz bzw. im Wasserbaugesetz) beruhen.

Zudem ist die Regierung gewillt, aktiv zur Stromversorgungssicherheit im Winter beizutragen, auch wenn sich dabei eine rein kommunale Perspektive dem gesamtkantonalen Nutzen unterordnen müsste. Zu wichtig ist eine verlässliche inländische Stromversorgung. Dies hat auch der Bundesgesetzgeber erkannt und entsprechende Anpassungen vorgenommen. So will der Bund

u.a. die Errichtung von Windkraftanlagen von nationalem Interesse fördern und hat hierfür mit der Änderung des eidgenössischen Energiegesetzes vom 16. Juni 2023 (SR 730.0) (sog. «Wind-express»; in Kraft ab 1. Februar 2024) entsprechende verfahrensmässige Erleichterungen erlassen. Diese Erleichterungen werden namentlich auch für Anlagen angewendet, die auf einem kantonalen Sondernutzungsplan beruhen.

Zudem ist das kantonale Vorgehen – entgegen der Ansicht der Motionärin – von den Regionen und politischen Gemeinden grösstenteils gewünscht. Im Rahmen der Vernehmlassung zur Richtplan-Anpassung 2023 hat sich entsprechend eine grosse Anzahl der politischen Gemeinden und Regionen sehr positiv zur Realisierung mittels kantonalem Sondernutzungsplan geäussert. Es haben sich vier Regionen und 23 politische Gemeinden explizit oder grundsätzlich für den kantonalen Sondernutzungsplan ausgesprochen, während sich nur eine politische Gemeinde explizit dagegen geäussert hat. Die übrigen Regionen und Gemeinden haben entweder keine Aussage dazu gemacht oder auf eine Eingabe gänzlich verzichtet.

Entgegen der Ansicht der Motionärin ist es auch so, dass für die betroffenen politischen Gemeinden sowie für die Bevölkerung bei kantonalen Sondernutzungsplänen Mitwirkungsmöglichkeiten bestehen. Die Regierung nimmt diese Mitwirkungsmöglichkeiten von Gemeinden, Regionen, Verbänden, politischen Organisationen und der breiten Bevölkerung ernst. So wurden im Rahmen der laufenden Richtplan-Anpassung 2023 z.B. vier öffentliche Informations- und Dialogveranstaltungen zum Thema Windeignungsgebiete durchgeführt. Die Bevölkerung wurde offen informiert und sie konnte ihre Anliegen einbringen. Alsdann bestand die Möglichkeit, sich im Rahmen der Vernehmlassung schriftlich zu äussern. Entsprechend ist die Wahl der Eignungsgebiete das Resultat einer sorgfältigen und umfassenden Abwägung der Schutz- und Nutzungsinteressen. Zudem ist auch bei einem kantonalen Sondernutzungsplan ein Mitwirkungsverfahren durchzuführen und die betroffenen politischen Gemeinden sind bereits von Gesetzes wegen (Art. 32 Abs. 2 PBG) frühzeitig in die Planung einzubeziehen. Weiter steht den Betroffenen der Rechtsweg offen.

Aus diesen Gründen beantragt die Regierung dem Kantonsrat Nichteintreten auf die Motion.